

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juni 2008



## Fruchtbarer Boden wird zum knappen Faktor

„Ein wärmendes Süppchen“ – mit diesem Sprachbild hat der Volksmund Glück gehabt, denn damit werden zwei Urwünsche der Menschen ausgedrückt: nicht hungern und nicht frieren zu müssen. Das wärmende

Süppchen ist sozusagen das positive Gegenstück zum ebenfalls sprichwörtlich gewordenen kalten Stern der Knappheit, unter dem der Mensch sich mühsam wirtschaften sieht. Dabei haben die Menschen gelernt, dass wirtschaften wählen heißt. Man kann einen Produktionsfaktor in jedem Augenblick nur einem Zweck widmen. Das weiß inzwischen jeder.

Fast jeder, müsste man wohl sagen. Manche Umweltpolitiker nämlich wissen das nicht. Die Sorge um den Anstieg des Kohlendioxidgehaltes in der Atmosphäre hat Naturwissenschaftler und Politiker nach Energieträgern Ausschau halten lassen, bei deren Nutzung weniger Kohlendioxid freigesetzt wird als zum Beispiel beim Verbrennen von Erdöl oder Steinkohle. Dabei sind sie auf „Energiepflanzen“ gestoßen, aus denen sich Biokraftstoffe gewinnen lassen, die die Umwelt weniger belasten. In umfangreichen „Energie- und Klimapaketen“, die von internationalen Organisationen befürwortet und von nationalen Regierungen – auch der deutschen – verabschiedet werden, wird den Landwirten eine attraktive Subvention angeboten, wenn sie ihre Äcker dem Anbau von Energiepflanzen widmen.

Man hat aber offenbar nicht daran gedacht – oder, bewusst oder unbewusst, verdrängt –, dass man den Boden in einer Erntesaison nur einmal nutzen kann: für die Ernährung der Menschen, für den Sprit in Autotanks oder zur Erzeugung von Wärme für die Heizung. Ein Teil der Verteuerung der Nahrungsmittel – auch der Milch, die ohne Futter für die Kühe nicht zu haben ist – geht aktuell schon auf die Subventionierung der Energiepflanzen zurück. Vielleicht haben sich die Energiepolitiker doch etwas zu hastig auf die Verbannung der kohlendioxidfreien Kernkraft eingeschworen.

*Hans D. Barbier*

## Mehr Kohlendioxid in die Luft gepustet

Deutschland ist Europameister, zumindest bei den Kohlendioxid-Emissionen. Das belegt der Ende Mai 2008 veröffentlichte Statusbericht zum EU-Emissionshandelssystem (EHS) über die geprüften Emissionen im Jahr 2007. Von allen 27 EU-Staaten bläst die deutsche Wirtschaft am meisten Kohlendioxid in die Luft. Die 1 900 erfassten EHS-Betriebe Deutschlands emittieren knapp doppelt so viel Kohlendioxid wie die Betriebe im zweitplatzierten Großbritannien.

Die deutschen Gesamtemissionen nahmen von 475 Millionen Tonnen im Jahr 2005 – in diesem Jahr ging das EHS an den Start – auf 487 Millionen Tonnen 2007 zu. Auch neun andere EU-Staaten steigerten ihren Kohlendioxid-Ausstoß. In den EU-Ländern insgesamt stiegen die Emissionen von 2005 bis 2007 um insgesamt 1,8 Prozent. Bei den Emissionen fehlen in der EU-Statistik allerdings der Verkehr, sämtliche Anlagen, die nicht unter das EHS fallen sowie alle privaten Heizungsanlagen.

[europa.eu](http://europa.eu)

## Weniger Spritverbrauch, höhere Preise

Im Zeitraum von 1998 bis 2007 sind in Deutschland die Preise für Diesel deutlich stärker gestiegen als die Preise von Normal- und Superbenzin: Die Preise für Diesel verdrop-

pelten sich, während die Preise für Normalbenzin um 68,7 Prozent und für Superbenzin um 66,0 Prozent zunahmen. Die Preise für Kraftstoffe insgesamt kletterten von 1998 bis 2007 um 70,2 Prozent.

In diesen zehn Jahren stieg der Absatz von Diesel, während der Benzinabsatz zurückging. Laut Steuerstatistik sank der Benzinabsatz um 29,5 Prozent, während der Absatz von Diesel um 6,5 Prozent stieg. Durch diese Entwicklung hat sich das Verhältnis von Benzin und Diesel verschoben. Während 1998 noch 56 Prozent des Kraftstoffs Benzin und 44 Prozent Diesel waren, wurden 2007 rund 45 Prozent Benzin und 55 Prozent Diesel verkauft. Der Kraftstoffabsatz insgesamt ist gesunken: Wurden 1998 noch durchschnittlich 201 Millionen Liter pro Tag getankt, sank der Kraftstoffabsatz im Jahr 2007 auf täglich 174 Millionen Liter.

[www-ec.destatis.de](http://www-ec.destatis.de)

## Weiterer Anstieg der Staatsschulden

Der Staat gibt nach wie vor mehr Geld aus, als er einnimmt: Bund, Länder und Gemeinden hatten am Jahresende 2007 insgesamt 1 553 Milliarden € Schulden aufgetürmt. Die öffentliche Verschuldung lag – spudelnder Steuereinnahmen zum Trotz – um 0,5 Prozent höher als Ende 2006. Nach Berechnungen des Sta-

tistischen Bundesamtes hatte jeder Deutsche, vom Säugling bis zum Greis, eine Schuldenlast von knapp 19 000 € zu tragen. Den größten Anteil verursachte der Bund mit fast 12 000 € je Einwohner.

In den einzelnen Bundesländern sind die Belastungen sehr unterschiedlich: Bayern wies mit 3 012 € rechnerisch die niedrigste Pro-Kopf-Veranschuldung auf, die höchste gab es mit 21 894 € im Stadtstaat Bremen.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Förderung für Betriebskindergärten

Mit einem millionenschweren Förderprogramm möchte die Bundesregierung in den nächsten Jahren die Einrichtung von Betreuungsplätzen für Kleinkinder bis zum dritten Lebensjahr in Unternehmen forcieren. Damit soll ein weiterer Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet werden.

Bis 2011 stehen insgesamt 50 Millionen € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Das Programm richtet sich an Unternehmen mit bis zu 1 000 Beschäftigten, die neue unternehmenseigene Kindertagesstätten für Kinder ihrer Mitarbeiter oder zusätzliche Gruppen in bereits bestehenden Einrichtungen schaffen wollen. Interessierte Unternehmen müssen einen zwölfseitigen Online-Antrag ausfüllen, ergänzend Betriebserlaubnis, Handelsregisterauszug und anderes als Anlage beilegen – und schon klappt's mit der staatlich geförderten „Mitarbeiterkinderbetreuung“.

[www.erfolgsweg-familie.de](http://www.erfolgsweg-familie.de)

## Eitel Sonnenschein?

Der Anteil des Solarstroms an allen erneuerbaren Energien beträgt zurzeit 3,2 Prozent. Zur gesamten in Deutschland produzierten Strommenge trägt Solarenergie rund 0,5 Prozent bei. Dafür erhält diese Form der Stromgewinnung 20 Prozent der staatlich initiierten Ausgaben, die für alle erneuerbaren Energien aufgewendet werden.

Eine beherrschbare, sichere und zugleich für die Umwelt unschädliche Form der Stromerzeugung: Diese überzeugende Technik bietet die Photovoltaik. Mit ihr gelingt es, aus der elektromagnetischen Strahlung der Sonne ohne Umwege elektrischen Strom zu erzeugen. Zusätzlich hat die Sonne im Vergleich zu fossilen Brennstoffen wie Kohle und Erdöl den immensen Vorteil, nahezu unbegrenzt zur Verfügung zu stehen. Sicher, umweltfreundlich, grenzenlos verfügbar: Sollten diese hervorstechenden Eigenschaften nicht dazu führen, die Photovoltaik besonders zu fördern?

Das „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien“, auch als „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ oder kurz: „EEG“ bekannt, sorgt in Deutschland seit dem Jahr 2000 dafür, dass genau das geschieht. Die Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatte damals feste Einspeisevergütungen für Strom aus Sonne, Wind, Wasser und seit 2004 auch aus Biomasse festgesetzt. Wer sich seitdem beispielsweise für eine Solaranlage zur Stromproduktion entschieden hat, erhält einen garantierten Abnahmepreis.

Gezahlt wird die Förderung allerdings nicht vom Staat, sondern von den Stromverbrauchern: Jede Stromrechnung enthält einen Solarstrom-Aufschlag von rund

13,20 € je Stromkunde und Jahr, also 1,10 € im Monat.

### Lukratives Geschäft dank Einspeisevergütung

Nun mögen 1,10 € pro Monat wenig erscheinen. Doch wie in anderen Dingen auch, folgt das dicke Ende in nicht allzu ferner Zukunft. Zurzeit schlägt jede durch Solarstrom erzeugte Kilowattstunde mit 0,47 € Einspeisevergütung zu Buche. Die Kilowattstunde Strom aus konventionellen Kohle- oder Gaskraftwerken kostet dagegen lediglich rund 0,06 €. Das EEG erzwingt die Einspeisung in die Stromnetze der etablierten Stromunternehmen zu den gesetzlich vorgeschriebenen Preisen. Die Vergütung muss dann über 20 Jahre weiter gezahlt werden.

Damit ist es äußerst lukrativ, Strom aus Solaranlagen an die Stromunternehmen abzugeben. Zwar sind gemäß EEG die Netzbetreiber, also die Stromunternehmen verpflichtet, das Entgelt an die Solaranlagenbetreiber zu zahlen. Die Stromunternehmen geben die Einspeisevergütung aber – wie andere Kosten der Strombereitstellung auch – an ihre Stromkunden weiter.

Der Gesetzgeber hat allerdings eine Bremse für die Förderung eingebaut: Jedes Jahr sinkt die Einspeisevergütung um fünf Prozent. Es wurde zunächst unterschätzt, auf wel-

che beachtliche Größe sich der Förderbetrag über die vorgeschriebene zwanzigjährige Laufzeit trotzdem summieren kann: Wäre die Solarförderung Ende 2007 eingestellt worden, müssten für die bis dahin installierten Anlagen rund 29 Milliarden € an Einspeisevergütungen durch die Stromkunden gezahlt werden.

Inzwischen hat die Bundesregierung die immensen Folgekosten erkannt und Anfang Juni 2008 beschlossen, die Degression der Einspeisevergütung moderat zu korrigieren. 2009 und 2010 soll die Vergütung statt um fünf Prozent nun um acht, 2011 um neun Prozent sinken. Danach soll die Solarförderung erneut überprüft werden. Die für die kommenden drei Jahre niedrigeren Vergütungssätze ändern an den Folgekosten allerdings wenig. Forscher des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) haben ausgerechnet, dass bis zur nächsten Prüfung im Jahr 2011 die bis dahin installierten Solaranlagen rund 62,4 Milliarden € kosten werden. Ohne weitere Gesetzesänderung wird dann 2015 die 100-Milliarden-€-Marke locker erreicht – und all das zahlen die Stromverbraucher.

### Klimaschutz dank Solarstrom?

Viele sind dennoch überzeugt, dass Umweltschutz und Nach-



„Wer die Fotovoltaik in Frage stellt, spielt mit tausenden Arbeitsplätzen. Und er setzt den technologischen Vorsprung aufs Spiel, den sich deutsche Unternehmen erarbeitet haben.“

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

haltigkeit der Solarenergie diese Summe wert seien. Immerhin ist Solarstrom sauber, weil frei von Kohlendioxid. Auch in dieser Hinsicht lohnt ein genauerer Blick. Die Vermeidung von Kohlendioxid ist durch Solaranlagen verhältnismäßig teuer erkaufte, zwischen 800 und 1 000 € je Tonne Kohlendioxid kostet sie laut RWI. Bei der Windenergie liegen die Vermeidungskosten bei gut 70 € je Tonne. Würde der Kohlendioxid-Ausstoß über den Emissionshandel geregelt, wäre der Preis für die Vermeidung – im bestehenden Kraftwerkspark – sogar noch niedriger: Kohlendioxid-Zertifikate wurden an den Emissionsbörsen, zum Beispiel der deutschen „European Energy Exchange“, im Mai 2008 für 23,95 € je Tonne gehandelt.

### **Solarmodule liefern nur tagsüber Strom**

Wenig beachtet bleibt in der Diskussion, dass Reservekapazitäten in konventionellen Kraftwerken vorgehalten werden müssen. Leider scheint die Sonne nicht rund um die Uhr, und Deutschland ist mit rund 1 000 Stunden Sonnenscheindauer im Jahr nicht der ideale Solaranlagenstandort. Noch lässt sich die tagsüber angefallene Energie nur sehr aufwendig und teuer speichern. Fehlt die Lieferleistung der Solarmodule im Dunkeln oder sind die Erträge wegen schlechtem Wetter geringer, müssen Kohle-, Gas- oder Kernkraftwerke einspringen. Das geht aber nur, wenn die Erzeuger darauf vorbereitet sind. Da beispielsweise konventionelle Kohlekraftwerke Leistung vorhalten müssen,

verbrennen sie mehr Kohle, als benötigt wird. Deshalb müsste auch die Kohlendioxid-Bilanz des Solarstrom neu berechnet werden.

### **Jobmotor und Leittechnologie**

Der Bundesverband Solarwirtschaft sieht die Fotovoltaik auf dem Weg zur „Leitindustrie“. Immerhin arbeiten inzwischen knapp 43 000 Menschen in der Solarbranche: 20 000 Menschen sind gemäß Verband direkt in der Solarindustrie tätig, weitere 20 000 Mitarbeiter aus Handwerksbetrieben montieren Solarmodule und die restlichen sind im Handel beschäftigt. Branchenexperten halten das für zu optimistisch: Aktuell seien zum Beispiel 7 000 bis 8 000 Handwerker notwendig, um Module zu installieren, ein knappes Drittel der verbandseigenen Zahlen.

Zudem lohnt auch hier ein Blick auf Geldbeträge: Rein rechnerisch wird jeder Arbeitsplatz in der Solarindustrie mit 153 000 € gefördert. Dieser Betrag ist doppelt so hoch wie die im Steinkohlebergbau gezahlten Subventionen in Höhe von rund 76 000 € je Arbeitnehmer.

### **Kosten senken, Kapazitäten ausbauen**

Das Argument, immerhin entsteht eine neue Hochtechnologie in Deutschland, muss differenziert betrachtet werden. Zwar wird rund die Hälfte der weltweit hergestellten Solarmodule inzwischen in Deutschland montiert. Da aber die deutsche Produktion nicht ausreicht, muss mehr

als die Hälfte der Module aus dem Ausland importiert werden. Vor allem Hersteller aus China und Japan etablieren sich auf dem deutschen Markt. Deutsche Hersteller wie Solarworld oder Q-Cells bauen neue Fabriken, jedoch im Ausland – vor allem in den USA und Asien –, weil Arbeits- und andere Kosten dort niedriger seien, wie es heißt.

Die Einspeisevergütung vor Augen, wollen die deutschen Hersteller in den nächsten zwei, drei Jahren ihre Kapazitäten versechsfachen, auf Anlagen mit dann 18 000 Megawatt Leistung. 2007 wurden weltweit Anlagen mit einer Leistung von 2 300 Megawatt aufgestellt. Schätzungen des europäischen Fotovoltaikverbandes sehen 2010 eine Nachfrage von maximal 7 000 Megawatt – der von der deutschen Solarindustrie angestrebte Ausbau hätte demnach immense Überkapazitäten zur Folge.

Für Modernisierung und Kapazitätsausbau sind 2007 rund 1,9 Milliarden € in neue Solarmodulfabriken investiert worden, das war rund ein Drittel des Umsatzes. Nur knapp drei Prozent – 180 Millionen € – des Umsatzes flossen dagegen in den Bereich „Forschung und Entwicklung“. Die „Leittechnologie“ hinkt damit anderen Bereichen hinterher. Zum Vergleich: Die Automobilindustrie wendet für Forschung und Entwicklung rund sechs Prozent auf.

### **Möglichst viel, möglichst schnell**

„Die Sonne schickt keine Rechnung!“, lautet ein Werbespruch der Solarindustrie.

Die Sonne sicherlich nicht. Stromlieferanten und Netzbetreiber allerdings schon. So faszinierend die Solartechnik ist, so deutlich zeigt sich in der Förderung, wie stark politische Entscheidungen die Solarindustrie prägen. Durch die staatlich langfristig festgeschriebene Einspeisevergütung wird Geld in einen Bereich gelenkt, der ökonomisch vor allem floriert, weil der sehr teuer produzierte Solarstrom zwangsweise durch die Stromnetze fließt. Preise und Kosten sind, politisch gewollt, voneinander entkoppelt. Sicher, je teurer die Stromproduktion in Kohle-, Gas- oder Kernkraftwerken wird, umso geringer wird der Abstand zur festen Einspeisevergütung, und desto eher könnte Solarstrom konkurrenzfähig sein. Optimisten hoffen, dass im Jahr 2015 dieser Gleichstand erreicht wird. Zurzeit ist der Solarstrom jedenfalls der teuerste Strom, der durch die Leitungen fließt.

Doch wie auch immer die künftige Entwicklung sein wird: Der Solarboom bleibt in höchstem Maß von politischen Entscheidungen abhängig. Sollten kommende Regierungen beschließen, die Einspeisevergütung stärker zu kappen oder die Menge des Solarstroms zu deckeln, wären sämtliche Kalkulationen der Solarbranche hinfällig. Wer weiß, welche technischen Innovationen andererseits mit den im Solarbereich gebundenen und verwendeten Mitteln zu entdecken gewesen wären?

*Andreas Schirmer*



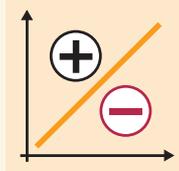
„In den formal freien industriellen Gesellschaften des Westens lautet die große Entscheidungsfrage, ob sie den selbständigen oder den sozial betreuten Menschen zum Ziel aller Politik macht.“

Helmut Schelsky, deutscher Soziologe

## IM KLARTEXT

Jun 2008

### INDEX



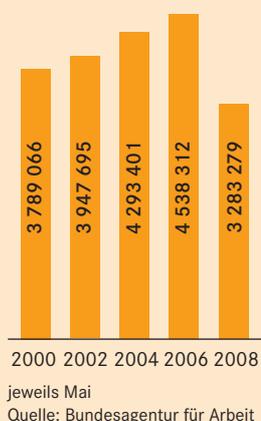
### Die Soziale Marktwirtschaft im Juni 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

**Vollbeschäftigung** ⊕  
Auch im Mai meldete die Bundesagentur für Arbeit (BA) einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen: Insgesamt waren knapp 3,3 Millionen Menschen ohne Arbeit. Dies ist der niedrigste Stand der offiziellen Arbeitslosenzahlen seit 15 Jahren. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 529 000 Arbeitslose weniger.

Im April – neue Zahlen der BA sind noch nicht verfügbar – gab es 40,1 Millionen Erwerbstätige in Deutschland, das sind rund 650 000 mehr als vor einem Jahr.

### Arbeitslose



**Eigenverantwortung** ⊕⊖  
Seit 1993 haben die Deutschen nicht mehr so viel gespart wie in den ersten drei Monaten dieses Jahres: Fast 15 Prozent des verfügbaren Einkommens wanderten auf Sparkonten, wurden in Fonds angelegt oder bei Versicherungen eingezahlt. Das verfügbare Einkommen

### Riester-Rente

Verträge, jeweils am Jahresende

2001	1 400 000
2002	3 370 500
2003	3 924 440
2004	4 189 500
2005	5 630 900
2006	8 050 000
2007	10 757 000

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

setzt sich aus Löhnen und Gehältern, Einnahmen aus Vermögen sowie Transferleistungen wie Kindergeld oder Altersrenten zusammen. Davon abgezogen werden unter anderem Einkommens- und Vermögenssteuern sowie Sozialabgaben. Zum Jahresbeginn 2007 stieg das verfügbare Einkommen im Durchschnitt um 2,6 Prozent.

Nach Meinung von Konjunkturforschern zeige sich in der hohen Sparquote von exakt 14,8 Prozent die Sorge vor einem Ende des Aufschwungs, die Menschen sparen für schlechtere Zeiten. Es muss aber auch berücksichtigt werden, dass inzwischen ein großer Teil der Bürger privat fürs Alter vorsorgt, etwa mit der Riester-Rente: Zur Zeit laufen knapp 11,1 Millionen Riesterverträge.

### Geldwertstabilität

⊖  
Ein Rückgang der Teuerung für die Verbraucher rückt weiter in die Zukunft: Die Großhandelspreise – das sind die Preise, die Großhändler vom Einzelhandel sowie von Industrie- und Gewerbebetrieben verlangen – kletterten gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,1 Prozent. Das war die höchste Jahresteuerrate seit 1982. Gegenüber Mai 2007 wurden vor allem Getreide, Saaten und Futtermittel (plus 33,3 Prozent) sowie feste Brennstoffe und Mineralölzeugnisse (plus 20,7 Prozent) teurer. Weil Handel, Handwerk und Co. die Groß-

### Teuerung

Preisanstieg im Vorjahresvergleich, in Prozent

	Großhandel	Verbraucher
Januar	6,6	2,8
Februar	6,0	2,8
März	7,1	3,1
April	6,9	2,4
Mai	8,1	3,0*

\* voraussichtlich  
Quelle: Statistisches Bundesamt

handelspreise üblicherweise – zumindest teilweise – an den Verbraucher weitergeben, gelten sie als Vorboten für weitere Anstiege bei den Verbraucherpreisen.

Die Inflationsangst ist bei Beziehern kleiner Einkommen besonders groß: 84 Prozent der Bürger mit einem Nettoeinkommen von bis zu 1 000 € im Monat fürchten, dass ihr Geld bald zum Leben nicht mehr ausreicht. Bei den Bürgern, die monatlich netto 3 000 € und mehr Einkommen beziehen, haben nur 49 Prozent Inflationsängste. Eine Ursache für die unterschiedlichen Werte: Wer wenig verdient, gibt einen überproportionalen Anteil seines Einkommens für Lebensmittel aus.

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa-Report (innen), dpa-Bildarchiv

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*